

Fünzig Jahre Freilassung
der letzten Gefangenen

Das Kriegsende nach dem Kriegsende

Michael Borchard

Für viele hunderttausende war das Kriegsende nicht die erste Markierung auf dem Weg der Hoffnung, auf dem Weg in den Wiederaufbau und in die Freiheit. Für sie dauerten die Belastungen des Krieges fort – obwohl die Kampfhandlungen längst beendet waren. Dies betraf die Heimatvertriebenen, es betraf die politisch Verfolgten in der Sowjetischen Besatzungszone, für die das Kriegsende statt der ersehnten Befreiung neue Repression brachte, und es betraf nicht zuletzt die deutschen Kriegsgefangenen, die zehn Jahre nach dem Ende der kriegerischen Auseinandersetzungen noch immer auf die Heimkehr warten mussten. Deshalb ist es ein wichtiger Teil des Gesamtbildes, in diesem Jahr nicht nur an sechzig Jahre Kriegsende, sondern in diesem September zugleich auch an die Freigabe der letzten deutschen Kriegsgefangenen vor fünfzig Jahren zu erinnern.

Drohender Orientierungsverlust

Michael Stürmer hat in seinem bekannten Buch zum Historikerstreit vor beinahe zwanzig Jahren geschrieben: „Orientierungsverlust und Identitätssuche sind Geschwister. Wer aber meint, dass alles dies auf Politik und Zukunft keine Wirkung habe, der ignoriert, dass in geschichtslosem Land der die Zukunft gewinnt, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet.“

Was das mit der Kriegsgefangenenfrage zu tun hat? Gerade weil der Erfolg Adenauers, gerade weil sich das Bild vom

hart verhandelnden Befreier der deutschen Kriegsgefangenen unauslöschlich in die historische Betrachtung des ersten deutschen Bundeskanzlers eingeprägt hat und fortan „zum innersten Kern des Adenauer-Mythos“ gehörte, wie es Hans-Peter Schwarz formuliert hat, gehören Versuche, diesen Kern zu demontieren, zum politischen Kampf um die Deutungshoheit über die Geschichte. Ein Kampf, der nicht erst in diesen Jahren begonnen hat und der – es mag wenig verwundern – einen gewissen Höhepunkt in der 68er Zeit gefunden hat.

Während die Regierungen Brandt und Schmidt damals durch eine intensive Diskussion der Geschichte der Kriegsgefangenenfrage ihre Ostpolitik gefährdet sahen und – so der damalige Regierungssprecher Bölling – eine „große Polemik“ und „neue Gräben“ fürchteten, stehen heute andere Intentionen im Vordergrund: Die Erinnerung an die Moskauer Reise Adenauers wird auf die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen und den deutsch-russischen Neubeginn reduziert. Die Freigabe der Gefangenen und die politische Leistung, die zu ihrer Freilassung geführt haben, geraten in den Hintergrund. Im Gegenteil, es wird bisweilen in Frage gestellt, dass die Rückkehr der Gefangenen erst 1955 möglich gewesen sei. Hoffnungsfrohe Initiativen von Wohlfahrtsverbänden und Politikern seien zuvor blockiert worden. Eine frühere Freilassung der Kriegsgefangenen sei deshalb von Adenauer lediglich auf dem „Altar der Westbindung“ geopfert worden.

Der Versuch, die Verdienste dieser Identifikationsfigur der christlichen Demokratie in Deutschland in das Land der Legende zu verweisen, scheint in beinahe keinem anderen Bereich so verlockend zu sein wie in der Kriegsgefangenenfrage. Einer der maßgeblichen Gründe ist, dass die Erfahrung der Kriegsgefangenschaft bis heute in ganz Deutschland – im Osten wie im Westen – einen herausgehobenen Platz in den persönlichen Biografien fast jeder Familie hat und dadurch noch immer mehr als präsent ist. Während die Zahl der unmittelbaren Zeitzeugen stark zurückgeht, setzt sich die Generation der Töchter und Söhne, aber auch der Enkelinnen und Enkel der Kriegsgefangenen zunehmend stärker mit diesem Teil der eigenen Familiengeschichte auseinander. Gerade deswegen ist es wichtig, sich die Zusammenhänge in Erinnerung zu rufen, in denen dieses wichtige Thema vom Kriegsende bis zur Freilassung der Gefangenen nach den Moskauer Verhandlungen stand.

Betroffenheit fast jeder Familie

Die Kriegsgefangenenfrage hat in der Tat die Menschen in den beiden Teilen Deutschlands bis in das Jahr 1955 hinein in einem Ausmaß bewegt wie nur wenige andere Probleme der Nachkriegszeit. In der Bundesrepublik erklärten 1950 bei einer Befragung rund vierzig Prozent der angesprochenen Personen, dass sie sich von dieser Frage unmittelbar betroffen fühlten – hätte es solche Befragungen in der DDR gegeben, dürften die Zahlen ähnlich ausgefallen sein. Dies lag vor allem daran, dass viele Menschen seit dem Krieg keine Informationen darüber hatten, was mit ihren Angehörigen geschehen war. Dabei betrug die Zahl der 1950 festgehaltenen Gefangenen nur noch etwa 30 000. Die Zahl der Vermissten allerdings war sehr hoch. Sie lag noch 1965 bei rund 1 170 000 Soldaten. Ebenso war das Schicksal von rund 100 000 Sol-

daten ungeklärt, von denen aus der Gefangenschaft ein erstes und dann leider auch letztes Lebenszeichen an ihre Angehörigen übermittelt wurde. Besonders beunruhigend waren für die Angehörigen die Nachrichten über die massenhaften Verurteilungen 1949/1950 von Kriegsgefangenen in der Sowjetunion wegen angeblicher Kriegsverbrechen.

Bereits 1943 erklärten alle alliierten Mächte in der Moskauer Deklaration für zulässig, dass Kriegsverbrecher nach dem Waffenstillstand in die Länder zurückgeschickt würden, in denen sie ihre Taten begangen hatten.

Das bot der Sowjetunion den Vorwand, die Kriegsgefangenen unter Missachtung aller völkerrechtlichen Grundsätze nach ihrem eigenen Strafrecht zu verurteilen. Schon der Vorwurf, eine Kartoffel auf dem Feld aufgelesen zu haben, konnte dann zu einer Verurteilung wegen „Schädigung des Volkseigentums“ führen. Die Urteile wurden zumeist summarisch ausgesprochen: Fünfundzwanzig Jahre Zwangsarbeit lautete bei über 85 Prozent der Fälle der monotone Richterspruch. Mit der Verurteilung der Gefangenen entzog sich die Sowjetunion ihrer Verpflichtung aus dem Moskauer Abkommen vom April 1947. Die Siegermächte hatten damals vereinbart, alle Gefangenen bis Ende 1948 zu repatriieren.

Aus den spärlichen Informationen, die die Experten des Bundesvertriebenenministeriums Anfang 1950 erhalten und sammeln konnten, wurde schnell deutlich: Aus einem eigentlich humanitären Problem war eine zutiefst politische Frage entstanden. Traurige Gewissheit, dass die Gefangenen als politischer Spielball in die Mühlen des Kalten Krieges geraten waren, brachte die Meldung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS. Die Rückführung der Kriegsgefangenen sei abgeschlossen, hieß es in der Meldung. Lediglich 9717 verurteilte Soldaten und 3815 Gefangene, gegen die noch ein Ver-

Der frühere sowjetische Ministerpräsident Malenkov, der sowjetische Ministerpräsident Bulganin, Bundeskanzler Adenauer und KP-Sekretär Chruschtschow im September 1955 in Moskau (von links). Bis Jahresende wurden 7326 deutsche Kriegsgefangene, 2622 Internierte und 5588 Zivilversleppte aus der Sowjetunion in die Bundesrepublik entlassen.

© dpa, Foto: Brock



fahren laufe, würden noch zurückgehalten.

Die erschrockenen Reaktionen der Öffentlichkeit auf diese Meldung verdeutlichten: Beide deutsche Regierungen mussten sich angesichts der Bedeutung dieses Themas für die Bevölkerung – allerdings unter sehr unterschiedlichen Bedingungen und Vorzeichen – um eine Lösung dieser drängenden Frage bemühen.

Innen- und außenpolitischer Druck

Dabei stand sowohl die Bundesregierung, aber auch die DDR-Führung unter erheblichem Druck: Sie befand sich in einem Dilemma von außenpolitischer Zwangslage und innenpolitischen Erfordernissen. Auf der einen Seite war die SED-Regierung propagandistisch gezwungen, die Rechtmäßigkeit von Verfahren gegen die 1950 als Kriegsverbrecher in der Sowjetunion verurteilten Gefangenen anzuerkennen, auch wenn die Bevölkerung durch heimgekehrte Gefangene durchaus darüber informiert war, dass der bei weitem überwiegende Teil der Gefangenen sich keiner Verbrechen schuldig gemacht hatte und ledig-

lich aus politischen Gründen verurteilt worden war.

Auf der anderen Seite betraf das Kriegsgefangenenproblem so viele DDR-Bürger, dass die Regierung – würde sie sich nicht um die Heimkehr bemühen – mit erheblichen Unmutäußerungen hätte rechnen müssen. Ein Grund auch dafür, dass die DDR 1953 bei der Sowjetunion um eine baldige Heimkehr der Gefangenen bat. Denn damit sollte nach den Geschehnissen des 17. Juni 1953 nicht zuletzt eine innenpolitische Beruhigung und Konsolidierung erreicht werden. Zudem war der Druck aus der Bevölkerung hoch: Die bereits seit 1945 propagierte „deutsch-sowjetische Freundschaft“ suggerierte, dass die DDR möglicherweise einen Einfluss auf „ihre Besatzungsmacht“ ausüben könnte.

Aber auch die Bundesregierung stand in einem Spannungsverhältnis zwischen Innen- und Außenpolitik. Auf der einen Seite war die innenpolitische Bedeutung der Frage auch als Wahlkampfthema so groß, dass diesem Aspekt auch bei der Außenpolitik der Bundesrepublik gegenüber allen Siegermächten Rechnung ge-

tragen werden musste. Auf der anderen Seite aber traf man dabei auf jene Vorbehalte gegenüber dem besiegten Deutschland, die die alliierte Politik noch lange prägen sollten. Es war daher unvorstellbar, dass die baldige Lösung selbst eines Problems von so überragender Bedeutung es rechtfertigen würde, politische Grundsatzentscheidungen wie die Westbindung infrage zu stellen.

Der „eigene Weg“

Wie groß diese Vorbehalte gegenüber einem „eigenen Weg“ der Bundesregierung waren, wurde später an den politischen Reaktionen der Alliierten auf die Moskareise Adenauers überdeutlich. Berühmt wurde der Wutausbruch des amerikanischen Botschafters in Moskau, Charles Bohlen, der Konrad Adenauer nach der Annahme des sowjetischen Ehrenwortes zur Freigabe der Kriegsgefangenen gegen die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen vorwarf, er habe seinen Partner verraten und damit einer faktischen Anerkennung der DDR Vorschub geleistet.

Wenn bei den drei Westmächten die Motive ihrer Gefangenenspolitik auch zum Teil unterschiedlich waren, eines war ihnen gemeinsam: die Erkenntnis, dass sich gerade die Frage der in der Sowjetunion zurückgehaltenen Gefangenen für ihre propagandistischen Zwecke nutzen lassen würde. Damit wurde aber auch die eigene, zumindest in den ersten Wochen nach dem Kriegsende, moralisch nicht weniger anfechtbare und völkerrechtswidrige Behandlung der Kriegsgefangenen zugedeckt. Das galt insbesondere für Frankreich, aber auch für die USA – man denke an die berüchtigten Rheinwiesenlager. Gerade die amerikanische Regierung machte indes keinen Hehl daraus, dass sie daran interessiert war, „im Rahmen der aktiven Abwehrpropaganda gegen den russischen Kommunismus auch die Frage der deutschen

Kriegsgefangenen zu aktivieren“. Davon war auch die Initiative geprägt, dieses Problem 1950 vor die Vereinten Nationen zu bringen. Eine Initiative, die 1954 an der mangelnden Bereitschaft der Sowjetunion zu irgendwelchen Zugeständnissen in der Kriegsgefangenenfrage scheiterte. Aus dem gleichen Grund blieb der Plan des deutschen Rot-Kreuz-Präsidenten Heinrich Weitz erfolglos, der sich um direkte Kontakte mit dem sowjetischen Roten Kreuz bemüht hatte. Sein Plan scheiterte nicht etwa, weil Adenauer sein Vorhaben ablehnte, sondern weil die Sowjetunion an Gesprächen mit Weitz schlicht nicht interessiert war.

Die Kriegsgefangenenfrage war zwar, wie Theodor Heuss 1951 festgestellt hatte, ein Problem der „Humanitas“ – ein Problem, das menschliche Tragödien verursachte, lange nachdem der Krieg beendet war. Sie wurde jedoch insbesondere durch die politisch motivierten Massenverurteilungen 1949/1955 zu einem Politikum, das sie auch bis zur Freilassung der Gefangenen blieb.

Aus diesem politischen Raum war die Kriegsgefangenenfrage einzig durch politische Initiativen der Bundesregierung und durch die humanitären Bemühungen der Wohlfahrtsverbände und der Kirchen nicht herauszulösen.

Schlüssel politischer Verhandlungen

Der Schlüssel zur Lösung dieses Nachkriegsproblems lag demnach ausschließlich in politischen Verhandlungen. Alle Anstrengungen der Bundesrepublik, aber auch der Westmächte mussten zum Scheitern verurteilt sein, solange die Sowjetunion nicht signalisierte, dass sie unter bestimmten Umständen bereit sein würde, die „Kriegsverbrecher“ zu amnestieren und nach Hause zu senden.

Dafür mehrten sich die Zeichen im Jahr 1955. Die Politik der Sowjetunion war dabei erkennbar auf zwei Ziele ausgerichtet: Auf der einen Seite ging es ihr im Umfeld

der Genfer Konferenz darum, eine Politik der Entspannung zu propagieren. Zum anderen war die sowjetische Politik nach dem In-Kraft-Treten der Pariser Verträge und der Aufnahme der Bundesrepublik in das westliche Verteidigungsbündnis nun auf eine Konsolidierung des Status quo gerichtet.

In diesem Zusammenhang sind die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland, die Gründung des Warschauer Paktes, die Annäherung an Jugoslawien, aber eben auch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik zu sehen.

Als Faustpfand drohten die Kriegsgefangenen erst mit der Verfestigung der Westbindung für die Sowjetunion „wertlos“ zu werden. Aus diesem Grund sah die sowjetische Führung die Zeit gekommen, das Faustpfand „Kriegsgefangene“ zum höchstmöglichen Preis zu verkaufen. Am 14. Juli 1955 hatte sie in einem Schreiben an die DDR-Regierung von der Absicht gesprochen, „nach einem erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen mit der deutschen Bundesrepublik“ die verbliebenen Gefangenen zu repatriieren. Was einen „erfolgreichen Abschluss“ umfassen sollte, blieb offen. Ein Mitglied der Adenauer-Delegation, Wilhelm Grewe, beschrieb die Situation rückblickend so: „Es hätte durchaus die Möglichkeit bestanden, dass, wenn wir nicht zu einem Abschluss über die Beziehungen gekommen wären, sich die Freilassung noch ein oder zwei Jahre oder noch länger herausgezögert hätte.“ Eine Erklärung Chruschtschows am zweiten Tag der Verhandlungen spricht Bände: „Ich nehme mir die Freiheit zu sagen, dass, falls unsere Verhandlungspartner nicht darauf vorbereitet sind, gegenwärtig Verhandlungen zu führen und Vereinbarungen über die Herstellung diplomatischer, Handels- und kultureller Beziehungen zu treffen, und lieber abwarten möchten, ich der Ansicht bin, dass

man warten kann. Uns bläst der Wind nicht ins Gesicht.“ Tatsächlich wäre in einem solchen Fall der Gewinn auf der Seite der Sowjetunion gewesen. Auch wenn die Sowjetunion ihr Ziel zunächst nicht erreicht hätte – als souveräner Staat hätte die Bundesrepublik langfristig nicht auf die Beziehungen zur zweiten Weltmacht verzichten können. Was es für Adenauer und seine politische Zukunft bedeutet hätte, wenn er mit leeren Händen zurückgekehrt wäre, bedarf keiner Beschreibung. Durch eine geschickte Verhandlungstaktik nutzte Adenauer diesen engen Spielraum: In einer festgefahrenen Verhandlungssituation orderte er über eine abhörbare Leitung vorzeitig die Flugzeuge für den Heimflug an den Moskauer Flughafen. Erst danach kam es zum Ehrenwort Bulganins und zur Freigabe der letzten Gefangenen.

Adenauer hatte während der Verhandlungen in Moskau 1955 richtig eingeschätzt, dass die Sowjetunion als Gegenwert für die Kriegsgefangenen mindestens die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen „kassieren“ wollte. Sie war von eminenter Bedeutung für den Kreml. Denn sie bedeutete, dass auch die Westmächte und die Bundesrepublik den Status quo – und das heißt die Existenz zweier deutscher Staaten – anerkennen mussten. Die nach der Moskaureise Adenauers propagierte Hallstein-Doktrin konnte daran im Endeffekt nichts ändern. Der erwähnte Wilhelm G. Grewe, der eigentliche Vater dieser nach dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes benannten Doktrin, sagte dazu später: „Für die Sowjetunion war die Freigabe der Gefangenen ein niedriger Preis.“ – Ein Preis, der Konrad Adenauer zumindest in den Augen der deutschen Öffentlichkeit den größten politischen Erfolg seiner Amtszeit verschaffte. Diesen Erfolg gilt es auch heute – fünfzig Jahre nach der Freilassung und sechzig Jahre nach dem Kriegsende – angemessen zu würdigen.